

An die im Erfurter Stadtrat
vertretenen Parteien

Stadtratswahlen 2019; Wahlprüfsteine – Die Linke

Erfurt, den 18.04.2018

Ihre 10 Positionen für den Umwelt-und Naturschutz und ein nachhaltiges, bürgerschaftlich mitbestimmtes Leben in Erfurt

Sehr geehrte Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten für den Erfurter Stadtrat 2019ff.,

die Stadtrats-Wahlen werden am 26. Mai 2019 sein und Ihr Wahlprogramm steht bereits. Sie wollen Erfurt für die kommenden vier Jahre besser, zukunftsfähiger machen. Doch was genau heißt das für Sie?

Um dies für unsere über 1.200 Erfurter BUND-Mitglieder und weitere 500 an Umweltthemen Interessierte in unserem Verteiler transparent zu machen, fragen wir nach ihrer Meinung zu unseren 10 Prüfsteinen aus den Bereichen Umwelt-u. Naturschutz sowie bürgerschaftliches Leben und bitten **Sie** um Antworten und gern eine kurze Begründung/Ergänzung dazu.

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten auf unseren Wahl-Check bis zum 08. Mai 2019 wieder zurück. Wir werden Ihre Antworten auswerten und noch vor der Wahl an unsere o.g. Mitglieder und Interessierten sowie auf unserer Webseite, Facebook veröffentlichen. Unser Wahl-Check stellen wir auch der örtlichen Presse zur Verfügung.

Und los geht's:

- 1.) Als Stadtratsmitglied werde ich in den kommenden fünf Jahren, den Anforderungen, die sich aus dem **Pariser Klimaabkommens** ergeben, durch konkrete **Maßnahmen** , zu erfüllen versuchen und vor allem für deren finanzielle Untersetzung zu kämpfen. Damit die CO2-Minderungsziele in allen Handlungsfeldern bis 2035-40 auf minus 90% gegenüber 1990 erreicht werden. Bitte nennen Sie die Maßnahmen und priorisieren Sie sie:

- **Insgesamt gibt es eine Reihe von Handlungsfeldern, die klimarelevant sind. In erster Linie gehören die Energiewirtschaft (Elektroenergie und Wärme), der**

BUND-Stadtverband Erfurt e.V.
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt

Vorsitz: R. Bednarsky
Vorstand: I. Karst A. Schubert
F. Mittelstädt, C. Rötter
S. Brauckhoff-Sell

Erfurter Bank e.G.
Kto-Nr. 432415
BLZ 82064228

bund.erfurt@bund.net
www.bund-erfurt.de
Telefon: 0361-555 03 45

Verkehr, der Wohnungs- und Städtebau, die Land- und Forstwirtschaft, die Abfallwirtschaft, aber auch Immissionsschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft dazu. Ich würde keine Priorisierung vornehmen, zumal in allen Bereichen stets die Frage der Klimawirksamkeit von Maßnahmen und Projekten mit berücksichtigt werden sollte. Kommunaler Klimaschutz ist demzufolge eine umfassende Aufgabe für viele Partner. Die Vorgehensweise zur Umsetzung von Klimaschutzplänen sollte wie folgt sein: 1. Analyse des Istzustandes (hier in Erfurt), 2. Eine Konzeption der Maßnahmen, 3. Die Evaluation der Folgen der Maßnahmen in festgelegten Zeiträumen.

- In Weimar hatte sich Anfang des Jahres eine Bürgerinitiative „Klima schützen. Jetzt!“ gegründet, die sich zunächst die Frage stellt, welche Beiträge Konsumenten für eine gute Klimapolitik leisten können. Auch Erfurter Bürger sollen mit einbezogen werden. Wir befürworten dies sehr und würden uns gern dieser BI anschließen. Ohnehin ist allgemein eine zunehmende Aufmerksamkeit für die Thematik Klimaschutz zu beobachten, was sehr erfreulich ist. Prominentestes Beispiel: die Kinder und Jugendlichen bei „Fridays for future“, die der Schwedischen Aktivistin Greta Thunberg gefolgt sind und weiterhin folgen.
- Ähnlich wie in Baden – Württemberg sollte Erfurt Bestrebungen des Landes unterstützen, einen kommunalen Klimapakt ins Leben zu rufen.
- Ausbau der Vorbildfunktion der Stadt hinsichtlich der Umstellung der Energieversorgung kommunaler Liegenschaften auf regenerative Energien,
- Das Energiekonzept für die geplante Äußere Oststadt sollte als Vorbild für weitere Investitionsvorhaben gelten (Beispiele: gestaffelte Wärme-, Kälte- und Stromversorgung, Solarnutzung, gewerbliche Abwärmenutzung).
- Energetisches und nachhaltiges Bauen sollte in Bebauungsplänen grundsätzlich festgesetzt werden.
- Durch die SWE sollte das Fern- und Nahwärmenetz weiter ausgebaut werden. Dies macht sich bereits durch die Planungen weiterer Baugebiete erforderlich.
- Der Fuhrpark der Stadtverwaltung und städtischer Betriebe sollte auf elektrische und regenerative Energieträger umgestellt werden.
- Auch die ortsansässige Landwirtschaft und der Gartenbau können Beiträge zum Klimaschutz leisten, weshalb sie weiterhin durch die Stadt Unterstützung

erhalten sollten. Auch die Kleingärten müssen weiterhin gesichert und unterstützt werden, um das Stadtgrün zu bereichern.

2.) Neben Maßnahmen zur Energiewende haben auch jene zur **Mobilität** Gehörende in der „Stadt von morgen“ eine besondere Bedeutung: Deshalb werde ich mich für die nachfolgend genannten Maßnahmen im Stadtrat einsetzen (bitte ankreuzen):

- In der Innenstadt die autofreie (Begegnungs-) Zone ausweiten (ja)
- Den ÖPNV attraktiver und den MIV in der Stadt unattraktiver machen; (bitte auch Maßnahmen nennen) (ja), Maßnahmen:
 - noch bessere Anbindung der Ortsteile und umliegenden Gemeinden an den ÖPNV,
 - mit guten Preisen Anreize schaffen, dass der ÖPNV noch besser genutzt und damit ausgelastet wird (insbesondere der überregionale Busverkehr); Ziel sollte der ticketfreie ÖPNV sein, so dass die öffentliche Diskussion über die Finanzierung weitergehen muss.
 - Aus Klimaschutzgründen weitere Investitionen in Elektromobilität, auch im ÖPNV und kommunalen Fuhrparken
 - Der schon gut entwickelte Car-Sharing-Ring sollte weiter ausgebaut werden (z. B. in Bezug auf das Ausweisen von Stellplätzen und einer intensiveren Öffentlichkeitsarbeit, um das System noch bekannter zu machen).
- Den VEP-Teilkonzept Radverkehr aktualisieren lassen. (Ja)
- Den aktualisierten VEP-Teilkonzept Radverkehr bis 2025 mit Investitionen dann auch Realität werden zu lassen. (Ja)
- Fußwege-Konzepte in den Quartieren mit besonders hohem Altersaufkommen erstellen zu lassen. (Ja, aber ohne Altersabhängigkeit. Fußwege-Konzepte sind grundsätzlich sinnvoll.)
- Vor Altenheimen, Schulen und Kindergärten sollte es generell ein Tempolimit von 30 km/h geben, weil: dort zumindest in Stoßzeiten ein hohes Verkehrsaufkommen auftritt und insbesondere Kinder und ältere Menschen stärker durch Straßenverkehr gefährdet sind.

3.) **Natur- und Artenschutz** in Erfurt heißt für mich, dass in der Bauleitplanung für alle Neubauten, im Neubau und im Betrieb aller städtischen Gebäude und Grundstücke sowie im Straßenaus- und Neubau folgendes gilt:

- zu Fuß erreichbare Grüninseln in Wohngebieten schaffen bzw. ausbauen und schützen sowie vernetzte Wegeverbindungen zwischen verschiedenen Naturräumen und Parks anlegen;
- beispielsweise Insektenhotels auch im öffentlichen Raum installieren;

- prüfen, ob ggf. Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete bzw. auch Biotopverbundsysteme zusätzlich ausgewiesen werden können;
- Schutz der vorhandenen Gartenanlagen, dabei sollte auch auf Biodiversität innerhalb der Gärten geachtet werden;
- Gute Standards für die umweltgerechte Sanierung von öffentlichen und Wohngebäuden sollten festgelegt und vor allem eingehalten werden, was auch zur Kosteneinsparung beitragen kann.
- Aspekte des vorbeugenden Hochwasserschutzes sind bei der Bauleitplanung mit zu berücksichtigen. In Erfurt gibt es hierfür bereits sehr gute Beispiele.

4.) Pachtverträge auf stadteigenem Land müssen sich verbindlich an Natur- und Artenschutz orientieren. Das heißt für mich konkret:

- Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger innerhalb eines Sicherheitsstreifens entlang von Gewässern;
- Noch besseren Schutz der hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen im Erfurter Raum vor Überbauung. Der Vorzug bei Bauvorhaben muss vorhandenen Brachflächen gegeben werden. Hierzu sollte auch das Brachflächenkataster auf einen aktuellen Stand gebracht werden.
- Pachtverträge sollten zunehmend auch mit ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetrieben abgeschlossen werden.
- Die Ausgestaltung von Pachtverträgen sollte längerfristig und im Zusammenhang mit Landschaftsplanung stattfinden, so dass eine koordinierte Langzeitentwicklung von Landschaftsbestandteilen (Grünlandflächen, Ackerland, Wege, Wald, Raine, Pufferstreifen zu Schutzgebieten und Gewässern, Feldhamster-Lebensräume usw.) ermöglicht wird.

5.) Eine tier- und umweltgerechte Landwirtschaft auf dem Erfurter Stadtgebiet heißt für mich, konkrete Forderungen umzusetzen nach:

- Einem perspektivischen Planungsansatz für das Ausweisen von Gewerbegebieten, das Konzipieren von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (incl. der infrage kommenden Flächen), das Anlegen landwirtschaftlicher Nutzflächen und ländlicher Wege, das Investieren in bauliche Anlagen, u. a. auch in Windenergieanlagen (Voraussetzung: entsprechende Genehmigung liegt vor), das Aufstellen von Gewässerrahmenplänen usw. Diese und sicher viele weitere Belange sollten aufeinander abgestimmt und unter Abwägung der unterschiedlichen Interessenslagen in den Blick genommen werden.
- Regionale Wirtschaftskreisläufe sollten gestärkt werden, denn noch immer wird ein Großteil der biologisch erzeugten Lebensmittel, die in Thüringen und somit auch der Landeshauptstadt in den Handel gelangen, nicht regional

verarbeitet. Diese Verarbeitungskapazitäten sollten daher erhöht werden. Kürzere Transportwege, die damit zusammenhängen würden, tragen zudem auch zum Klimaschutz bei.

6.) **Die BUGA21** hat durch die massiven Baumfällungen leider ein negatives Image erhalten. Welche Lehren, Konsequenzen ziehen Sie im Bezug auf den **Baumschutz** daraus für die Zukunft?

- Es ist immer schade um jeden Baum, der gefällt werden muss, aber in den überwiegenden Fällen besteht ein berechtigter Grund:
 - Ein Baum ist stark geschwächt oder krank.
 - Hoch- und Tiefbauarbeiten stehen an (Wurzeln werden gekappt, die Wasserverhältnisse verändern sich)
 - Pflegemaßnahmen machen sich notwendig, z. B. bei Konkurrenz von Bäumen sollten die stärksten bestehen bleiben.
 - Gestalterische Aspekte (Freistellen von Sichtachsen, Belange des Denkmalschutzes sind zu beachten)

Dies ist sicher nur ein Teil von möglichen Gründen, die eine Baumfällung erforderlich machen. Mit Sicherheit werden seitens der mit dieser Thematik befassten Fachämter der Stadt nicht leichtfertig Bäume fällen, sondern nur, wenn einer der Gründe dies unausweichlich werden lässt.

- Eine Bewertung von Bestandsbäumen erfolgt in der Regel im Rahmen von Grünordnungsplänen.
- In Bezug auf die Fällungen im Zusammenhang mit den BUGA-Vorbereitungen sind tatsächlich taktische Fehler gemacht worden. Z. B. hätte die Öffentlichkeit im Vorfeld besser über die geplanten Fällungen informiert werden müssen, z. B. über die Tagespresse, das Amtsblatt, das Internet oder Informationstafeln in den betroffenen Bereichen. Mit Sicherheit wird man die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

7.) Ein **Stopp der weiteren Flächenversiegelung** ist mir ein Anliegen, das ich vordringlich unterstütze, in dem ich als Stadträtin/rat: **weiter dafür eintrete, dass in erster Linie Brachflächen reaktiviert und für Neubaumaßnahmen genutzt werden. Freiflächen, sei es Acker- oder Grünland, sollten so weit wie möglich als solche bestehen bleiben.**

8.) **Faires Wirtschaften und ein nachhaltiges Beschaffungswesen in Erfurt** werde ich erreichen, verbessern durch:

- **eine stärkere Orientierung auf regionale Produkte**
- **weiteren Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe**

- die Weiterführung der Beschaffung von Recyclingpapier oder weiterer recycelter Produkte
- das Achten auf Langlebigkeit von Materialien
- den Bezug von Ökostrom
- die Begrenzung des Energieverbrauchs
- zunehmend sollten auch Sozialstandards bei Vergaben Berücksichtigung finden.

9.) Die Stadt Erfurt hat durch die Arbeit im sog. Trialog, an dem wir maßgeblich beteiligt waren, und Übernahme der Empfehlungen im Stadtrat ein neues, **kooperatives Bürgerbeteiligungsmodell** erhalten. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Umsetzung aller Bausteine befördern, damit die erste Evaluation schon nach zwei Jahren ein Erfolg wird? **Mit dem Bürgerbeteiligungsmodell werden Vorhaben verschiedener Art begleitet (Beispiele: BUGA, Hochwasserschutzvorhaben, die Fortschreibung des Bäderkonzeptes, die Erfurter Nachhaltigkeitsstrategie, Umgestaltung von Straßen und Plätzen, Maßnahmen zur Familienförderung).** Dass die erste Evaluation nach zwei Jahren ein Erfolg wird, sollte der Entwicklungsstand einzelner Projekte in den jeweiligen Fachausschüssen erfragt werden. Den Vorschlag würde ich in unserer Fraktion vorbringen.

10.) **Eine große, große Mehrheit im Stadtrat hat in ihren Beschlüssen zum Doppelhaushalt 2019/2020 erhebliche Kürzungen im Umweltschutzbereich vorgenommen.** Sowohl für das Umwelt-u.Naturschutzamt (UNA), als auch für die Erfurter Umweltverbände und Initiativen zur Nachhaltigkeit. Sowohl der 18. Tag der Nachhaltigkeit im Hirschgarten, am 25.5.2019, als auch die Europäische Mobilitätswoche vom 14.9.-22.9.2019, in der ganzen Stadt präsent, und auch der 5.faire u. nachhaltige Adventsmarkt im Schiff der Barfüßerkirche, am 30.11.2019, ist in der Durchführung in 2019 und 2020 gefährdet. Wie wollen Sie die langjährig bewährten Veranstaltungen kurzfristig retten und eine Kontinuität für die nächsten Jahre hineinbringen?

Der Grundfinanzierungsbedarf für alle drei genannten Nachhaltigkeitsveranstaltungen beträgt nur rd. 5000,-€! Hinzukommen müssten eigentlich noch Haushaltsmittel für Veranstaltungen zu den Konzeptbeschlüssen der Stadt Erfurt als Biostadt, Fair-Trade-Stadt, Erfurt als Global nachhaltige Kommune, BNE-Stadt, um nur die wichtigsten „Label“, mit denen sich die Stadt nach außen hin schmückt. Wer die finanzielle Ausstattung der gut gemeinten und im Stadtrat mit Mehrheit beschlossenen Konzepte nicht bereitstellt, dem ist eigentlich nicht an der Nachhaltigkeit der Stadt gelegen, sagen die rd. 40 Umweltvereine und Initiativen, die sich bereits seit 18 Jahren mit zunehmender Zahl und Zuspruch durch die Besucherzahlen zum o.g.

Nachhaltigkeitstag oder zum 5. nachhaltigem Adventsmarkt ehrenamtlich präsentieren und zum Mitmachen aufrufen, nach den Haushaltsbeschlüssen für 2019 und 2020. Wie stehen Sie dazu und was wollen Sie daran, wie konkret kurz und mittelfristig ändern? *Es wäre äußerst schade, wenn auf Grund von Haushaltsdefiziten genannte Veranstaltungen nicht stattfinden würden. Sollte dies tatsächlich eintreten, würde ich trotzdem die Stadtverwaltung bitten, neu zu prüfen, ob alternative Finanzierungsquellen gefunden werden können. Längerfristig gesehen müsste während der Debatte zum Doppelhaushalt tiefgründiger darauf geachtet werden, dass keine Kürzungen stattfinden.*

Bitte senden Sie Ihre Antworten digital per Mail an den bund.erfurt@bund.net. Später, als zum genannten Termin eingehende Antworten können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Vielen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Bednarsky
(Vorsitzender BUND Erfurt)